



Dr. Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Das Alterssicherungsmemorandum der IG Metall

Gemeinsam für ein gutes Leben – Für einen Neuen Generationenvertrag

Statement auf der Pressekonferenz

Berlin, 5. Mai 2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Alterssicherung in der Krise – Krise der Alterssicherung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Vorstand der IG Metall hat nach einem umfassenden, internen wie externen Diskussionsprozess ein Memorandum zur Alterssicherungspolitik beschlossen.

Eine reformorientierte Alterssicherungspolitik könnte wichtige Beiträge zur Bewältigung der Krise leisten.

Einen wesentlichen Hinweis gab jüngst Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften:

Im Vergleich zu den USA machten die Europäer bei der Krisenbekämpfung so gut wie alles falsch:

Die Investitionsprogramme seien zu gering, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu restriktiv und die Wirtschafts- und Finanzpolitiken der EU-Mitgliedsstaaten zu wenig koordiniert.

Aber Europa verfüge über einen Trumpf, und dieser bestehe in der – ich zitiere - „Größe und Großzügigkeit seiner Wohlfahrtsstaaten, die die Auswirkungen des wirtschaftlichen Einbruchs abmildern.“ (The New York Times, vom 23.03.2009)

Man glaubt es kaum: Nach Jahrzehnten der Verdammung des Sozialstaates stimmt der gegenwärtig wohl renommierteste Wirtschaftswissenschaftler das Loblied des „großen und großzügigen“ Sozialstaates an.

Auf einmal preist man die sozialen Sicherungssysteme als „automatische Stabilisatoren der wirtschaftlichen Entwicklung“, da sie die Verarmung vieler Menschen verhindern, die wirtschaftliche Nachfrage stützen und die soziale Stabilität erhalten.

Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: Das ist Balsam für die geschundene Seele eines Sozialpolitikers!

Doch die Freude währt nicht lange - denn damit soziale Rentenversicherung im Sinne Krugmans ihren Beitrag zur Krisenüberwindung leisten, ist noch viel zu tun.

Strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die Politik der letzten Jahre haben der Rentenversicherung schwer zu schaffen gemacht.

Sie steht vor versorgungs-, finanzierungs- und ordnungspolitischen Problemen, die sie in ihrer heutigen Struktur nicht bewältigen kann:

Durch Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen sowie die generelle Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse verlieren immer mehr Menschen die Möglichkeit, ausreichende Anwartschaften zur Altersversorgung zu sammeln.

Und da die Haushaltseinkommen oftmals keine zusätzliche Privatvorsorge zulassen, sind Einkommensprobleme und Armutsrisiken im Alter vorprogrammiert. Gerade Ostdeutschland wird von dieser Entwicklung besonders betroffen sein.

Zweitens gerät die Rentenversicherung zunehmend in eine strukturelle Finanzklemme.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt lassen die Einnahmen sinken und die Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft lassen zugleich die Ausgaben steigen.

Und schließlich ist festzustellen, dass zwar viel von den drei Säulen der Altersicherung die Rede ist, dass ein effektives Zusammenspiel zwischen gesetzlicher, betrieblicher und privater Säule nicht existiert.

2. Das Fünf-Punkte-Programm der IG Metall

Sehr geehrte Damen und Herren!

Angesichts dieser Sachlage reicht die Verteidigung der Bestände der Rentenversicherung nicht mehr aus.

Die Einschnitte der letzten Jahre waren zu tief, als dass durch die Verteidigung des Status quo das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Rentensystems zurück gewonnen werden könnte.

Auf die rentenpolitische Agenda gehört ein umfassender Neuaufbau einer solidarischen, verlässlichen Alterssicherung.

Wie das gelingen kann, hat die IG Metall in ihrem 5-Punkte-Programm im Alterssicherungs memorandum der IG Metall aufgezeigt, das ich ihnen kurz vorstellen möchte.

Der erste Punkt: „Alle rein ins Solidarsystem – für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung“.

Wir wollen eine schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen, also auch von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten, Parlamentariern und anderen Erwerbstätigengruppen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Damit wird die Solidargemeinschaft der Rentenversicherung nicht kleiner, sondern größer.

Punkt zwei: Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein.

Zukünftig muss die gesetzliche Rente wieder einen höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten.

Dazu müssen zunächst die Renten wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.

Aber auch diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiographie keine ausreichenden Anwartschaften erwerben konnten, müssen vor Altersarmut geschützt sein.

Unverzichtbar sind eine verbesserte Absicherung bei Langzeitarbeitslosigkeit, eine Hochwertung von Niedrigeinkommen und die Anhebung der Grundversicherung im Alter.

Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung sind letztlich auch Gegenstand der aktuellen Debatte.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz stellt in Aussicht, noch vor der Wahl durch ein Gesetz sicher zu stellen, dass Rentenkürzungen grundsätzlich – und nicht nur im Jahr 2010 – ausgeschlossen werden.

Das begrüßen wir, fügen aber folgendes hinzu:

Offensichtlich lastet auf Olaf Scholz der Fluch der bösen Taten seiner Vorgänger.

Riestertreppe, Nachhaltigkeitsfaktor und Ausgleichfaktor seien solide und alternativlos, hielt man unserer Kritik stets entgegen.

Nun muss diese Anpassungsmechanik schon im dritten Jahr ausgesetzt werden. Besonders zukunftstauglich und solide wirkt das nicht.

Mehr noch: Wird die Rentenformel selbst nicht geändert, wären die heute vermiedenen Einschnitte aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Denn durch die Anpassungsformel wird es zu einer nachholenden Dämpfung, für viele Jahre vermutlich sogar zu einer gänzlichen Aussetzung von Rentenerhöhungen kommen.

Dass sich dies erst nach der Bundestagswahl vollzieht, dürfte den Minister beruhigen, die Betroffenen allerdings weniger.

Wir bleiben dabei: Nicht kurzatmige Flickschusterei, sondern die grundsätzliche Neudefinition des Leistungsniveaus sind angesagt.

Ich komme nun zum dritten Punkt unseres Konzepts. Er lautet: Betriebsrenten für alle!

Gegenwärtig sind Anwartschaften aus Betriebsrentensystemen höchst unterschiedlich und ungerecht verteilt. In der Tendenz lässt sich sagen:

- Je kleiner der Betrieb, umso seltener und geringer die Betriebsrente;
- Frauen haben deutlich weniger Leistungen zu erwarten als Männer
- und in Ostdeutschland sind Betriebsrenten weitgehend ein unbekanntes Wesen.

Soll die betriebliche Altersversorgung in Zukunft dem ihr von der Politik zugewiesenen Teilauftrag bei der individuellen Sicherung des Lebensstandards gerecht werden, muss sie deutlich gestärkt und ausgebaut werden.

Deshalb fordern wir ein „Arbeitgeber-Obligatorium“ mit einer Arbeitgeber-Mindest-Beteiligung.

In Punkt vier strebt die IG Metall ein Modell flexibler Altersübergänge bis und vor dem 65. Lebensjahr an.

Für viele Beschäftigte ist die Rente mit 67 wegen der Abschläge ein Rentenkürzungsprogramm.

Die Rente mit 67 ist Ausdruck einer insgesamt verfehlten Rentenpolitik – sie muss weg!

Die IG Metall setzt dieser Politik sozial flankierte Ausstiegs-Optionen bis zum 65. Lebensjahr entgegen.

Berthold Huber hat den Vorschlag der IG Metall für ein „Sofortpaket-Beschäftigungsbrücke“ bereits erläutert.

Fünfter Punkt: Wir wissen, dass die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung entscheidenden Einfluss auf die Alterssicherung hat. Deshalb sagen wir: „Gute Löhne für eine gute Rente“.

Armutslöhne im Erwerbsleben können auch in einer Erwerbstätigenversicherung zu Sicherungslücken führen.

Daher gilt: verbindliche Mindestlöhne, faire und ausreichende Tariflöhne und eine Versicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse sind und bleiben die beste Vorsorge gegen Armut im Alter.

3. Das IG Metall Modell – gerechter - ergiebiger - nachhaltiger

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bliebe das Thema der Finanzierung.

Im Regierungsmodell beläuft sich der Finanzierungsanteil der Versicherten an der Alterssicherung im Jahre 2030 auf ca. 17 Prozent.

11 Prozent haben die Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, und etwa 6 Prozent ihres Bruttoeinkommens wären notwendig, um die Sicherungslücke zu schließen, die die „Rentenreformen“ der letzten Jahre aufgerissen haben.

Die Arbeitgeber kämen mit einem Beitragssatz von insgesamt 11 Prozent davon. Anders das IG Metall-Modell:

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten im Jahr 2030 einen Beitragssatz zur gesetzlichen Versicherung in Höhe von 12 Prozent. Sie wären gegebenenfalls bei der Aufbringung der Steuermittel für einen um 15 bis 20 Mrd. Euro erhöhten Bundeszuschuss beteiligt.

Insgesamt liegt die Belastung jedoch deutlich unterhalb der 17 Prozent-Grenze.

Auch für die Arbeitgeber ergäbe sich ein Beitragssatz zur gesetzlichen Versicherung von 12 Prozent.

Hinzu kämen ihr Kostenanteil an der ausgebauten betrieblichen Altersversorgung und gegebenenfalls eine Beteiligung an dem erhöhten Steuerzuschuss.

Fazit: Das IG Metall-Modell ist gerechter, ergiebiger und nachhaltiger.

4. Schluss

Meine Damen und Herren,

wir werden uns auf der hier vorgestellten Basis mit Blick auf die Bundestagswahlen positionieren.

Wir wissen aber auch, dass diese Auseinandersetzung nicht nach den Bundestagswahlen abgeschlossen ist.

In den Debatten der letzten Tage und Wochen ist bereits zu Recht darauf hingewiesen worden: Wer den Sozialstaat demontiert, statt ihn zu erneuern, der riskiert soziale Unruhen und gesellschaftlichen Widerstand.

Die Politik muss entscheiden, wie sie die Weichen stellen will.

Die IG Metall wird sich auf jeden Fall für den Sozialstaat und damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheiden.

Herzlichen Dank.